

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

20.04.2023

Inhalt

EWN

1 Besuch von Kanzler und Vizekanzler: Initiative plant Protest <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 20.04.2023</i>	3
2 Rund 1.200 Einwendungen gegen LNG-Projekt <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 20.04.2023</i>	4
3 Scheitert das LNG-Terminal vor Rügen an der Standortfrage? <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 20.04.2023</i>	5
4 So zeitintensiv ist der Rückbau von Bayerns AKWs <i>augsburger-allgemeine.de, 19.04.2023</i>	7

 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 20.04.2023 | S. 9

 Auflage: 9.110 | Reichweite: 20.202

 Uwe Driest

DEBATTE UM GEPLANTES TERMINAL

Besuch von Kanzler und Vizekanzler: Initiative plant Protest

Olaf Scholz und Robert Habeck wollen heute mit Einheimischen über das vor der Insel geplante LNG-Terminal reden.

Der Konflikt um ein geplantes Terminal für Flüssiggas (LNG) vor der Insel Rügen geht in die nächste Runde. Nun wollen sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Donnerstag in Binz mit Verbänden und Bürgermeistern über das Vorhaben austauschen. Teilnehmern werden an dem Gespräch auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig sowie deren Kabinettsmitglieder Till Backhaus (Umwelt) und Reinhard Meyer (Wirtschaft).

„Die Hauptinitiatoren der LNG-Pläne haben sich zu einem Besuch auf Rügen angekündigt“, teilt die „Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen“ mit. Die Initiative ruft Gleichgesinnte zum Protest ab 16 Uhr vor dem Haus des Gastes im Ostseebad auf. „Es geht für die Ostsee ums Ganze und das wird sicher auch nicht der letzte Griff der Industrie nach diesem Lebensraum sein“, heißt es in der Mitteilung.

Die OSTSEE-ZEITUNG berichtet ab 16 Uhr in einem Liveticker vom Treffen in Binz. Die Erwartungen der Kritiker des Terminals reichen von Hoffnung bis Resignation. „Wir hoffen, die Regierungsvertreter davon überzeugen zu können, dass das in diesem Teil der Ostsee falsch ist“, sagt Rügens Dehoga-Chef Wolfgang Kanngießer. „Wir wollen auch nicht über den Ort verhandeln, sondern wir wollen in unserer Region überhaupt kein Terminal haben.“

Marlies Preller hätte eine Einladung gar nicht erst angenommen. „Man weiß doch, was dabei herauskommt“, glaubt Rügens NABU-Chefin. „Die wollen bloß ihre Meinung zementieren. Die Rohre sind gekauft und es wird sich nichts mehr ändern.“ Dass das LNG-Terminal längst beschlossene Sache sei, meint auch ein Gastronom an der Hauptstraße. Allenfalls der Standort werde noch modifiziert. Aber um Rügen herum werde es wohl kommen. Der Binzer Rechtsanwalt Rainer Feit hegt zumindest die Hoffnung, „dass es zu der Variante mit der größtmöglichen Entfernung kommt“.

Der Mitarbeiter in einem Fischimbiss ist gebürtiger Binzer und möchte keine großen Pötte am Horizont sehen. „Wenn mal ein Kreuzfahrer anlegt, ist das was anderes“, findet er. Dass die Politiker hierher kommen, um sich das vor Ort anzusehen, findet er aber gut. Anne Khalil vom Modegeschäft „Aufhübschzone“ hat sich schon an Protesten über die Ostertage beteiligt. „Ich hoffe, dass die Politiker sich vom Erfolg unserer Petition beeindrucken lassen“, sagt sie.

Angesichts der übersichtlichen Teilnehmerzahl rechnet die Polizei nicht mit Einschränkungen des Verkehrs. Es wären weder Sperrungen noch Umleitungen geplant, heißt es aus dem Polizeirevier in Sassnitz. Die Polizei werde allenfalls bei Bedarf den Verkehr regeln.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 20.04.2023 | S. 15

📄 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

LNG-TERMINAL

Rund 1.200 Einwendungen gegen LNG-Projekt

Der Widerstand gegen das geplante LNG-Terminal vor der Küste Rügens ist groß. Das zeigt sich auch an der großen Zahl der Einwendungen gegen die Pipeline, die zu dem LNG-terminal vor Rügen führen soll. Am Donnerstag kommen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) auf die Insel, um den Dialog mit Bürgermeistern und Touristikern zu suchen.

Im Genehmigungsverfahren für den Pipelinebau des geplanten LNG-Terminals vor Rügen sind rund 1200 Einwendungen beim Bergamt Stralsund eingegangen. Die Einwendungen seien dem Vorhabenträger, dem Energiekonzern RWE als Dienstleister für den Bund, zugegangen, der jetzt seine Erwiderungen formulieren könne, sagte der Leiter des Stralsunder Bergamtes Thomas Triller auf OZ-Anfrage. In den Einwendungen gehe es hauptsächlich um Befürchtungen, dass sich das Vorhaben negativ auf den Tourismus und die Umwelt auswirken könnte. Zudem würden Lärmbelästigungen befürchtet, die von dem Flüssiggasterminal vor der Küste Rügens ausgehen könnten.

Heute werden Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in

Binz erwartet. Dort wollen sich der Regierungschef und sein Vize mit Bürgermeistern, Bürgerinitiativen und Touristikern zum LNG-Terminal austauschen. Die Gegner auf Rügen hatten neben ihrer Kritik an dem Projekt auch eine mangelnde Kommunikation der Bundesregierung moniert. Der Bund will das LNG-Terminal zum Winter 2023/24 ans Netz bringen. Über eine Unterwasserpipeline soll das Gas nach Lubmin transportiert und dort in das deutsche Festlandsnetz eingespeist werden. Ursprünglichen Plänen zufolge sollten im Mai die Bauarbeiten für die Pipeline beginnen. Unklar ist aber bislang, wo die umstrittenen Anlagetower östlich von Rügen entstehen sollen. Deshalb ist nach Angaben des Bergamtes auch das Genehmigungsverfahren für die Pipeline noch nicht entscheidungsreif.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 20.04.2023 | S. 15

📄 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

ANALYSE: FLÜSSIGGAS-TERMINAL IN DER OSTSEE

Scheitert das LNG-Terminal vor Rügen an der Standortfrage?

Neben den für die Tanker fehlenden Wassertiefen gibt es ein 40-Kilometer-Problem

Der Bund sucht händeringend nach einem geeigneten Standort für das LNG-Terminal. Der Protest auf der Insel ist laut, das politische Berlin läuft sich heiß. Das Vorhaben könnte aber nicht nur am politischen Widerstand, sondern auch am fehlenden Platz für das LNG-Terminal vor Rügen scheitern. Seekabeltrassen, Schifffahrtslinien und fehlende Wassertiefen machen die Standortsuche kompliziert, die ursprünglich vor Ostern abgeschlossen sein sollte. Nachdem der zunächst favorisierte Standort Sellin vom Bund aufgegeben wurde, erklärt das Wirtschaftsministerium in Schwerin: „Bund und Land prüfen weitere Standorte, von nordöstlich bis südöstlich von Rügen.“ Der Bund will das Terminal zum Winter 2023/24 ans Netz bringen.

Was grenzt den Standort für ein LNG-Terminal ein? Wie aus Seekarten für das Gebiet hervorgeht, kommt nur ein schmaler Graben vor der Ostküste Rügens in Betracht, der die für LNG-Tanker erforderliche Wassertiefe von 19 Metern aufweist. Erst in Höhe Sassnitz wird es nach Norden und Osten hin tiefer. Dort stehen Windkraftanlagen, um die ein Sicherheitsabstand eingehalten werden muss. Zudem führen viel befahrene Schifffahrtskorridore durch den tieferen Bereich, wie der Leiter des Wasser- und Schifffahrtsamtes Ostsee, Stefan Grammann, sagte. „In diesen Korridoren sammelt sich der gesamte Schiffsverkehr.“ Das müsse bei der Standortsuche berücksichtigt werden. Auch zu den Seekabeln muss ein Mindestabstand gewährleistet sein. Schiffe dürfen dort nicht im Umkreis von 500 Metern ankern.

Zwei Favoriten - Mukran und östlich der 50-Hertz-Trasse: Derzeit gibt es zwei Favoriten. Einer von ihnen ist der Fährhafen Sassnitz-Mukran, für den aber noch eine etwa zwei Kilometer lange Vertiefung bis zu den tieferen Ostseegewässern notwendig wäre. Ein Planfeststellungsverfahren für die Vertiefung läuft seit Längerem bei der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt in Kiel, allerdings nur auf 15 Me-

ter. In Erwägung gezogen wird auch ein Standort östlich der Stromtrasse von 50Hertz, die zu den Offshore-Windparks führt. Er liegt rund 13 Kilometer von Sassnitz entfernt.

Das 40-Kilometer-Problem: Die Länge der Pipeline bis zum Einspeisepunkt nach Lubmin würde von beiden Standorten aus etwa 48 Kilometer betragen. Rechtsverbindlich ist, dass mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz aufwendige Umweltverträglichkeitsprüfungen nur innerhalb der 40-km-Zone entfallen. Denn Deutschland hat sich auch der Aarhus-Konvention zur Stärkung der Teilhaberechte in der EU verpflichtet. Und diese Konvention legt fest: Bei Pipelinelängen über 40 Kilometer muss eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung mit Standard-Planfeststellungsverfahren gewährleistet sein. Neues Deutschlandtempo ade? Wenn die Konvention greift, wäre die vom Bund gewünschte zügige Errichtung des LNG-Terminals bis zum Winter 2023/24 an beiden Standorten nicht möglich, so ein Energieexperte. Neutral klingt es aus der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Stralsunder Bergamt. „Sollte ein Standort außerhalb der 40-Kilometer-Zone benannt werden, muss das juristisch bewertet werden“, so Amtschef Thomas Triller.

Vorranggebiete für Naturschutz, Sandabbau, Militär: Neben der fehlenden Wassertiefe und der Länge der Pipeline gibt es weitere reglementierende Faktoren: FFH-Gebiete, marine Vorbehaltsgebiete für Tourismus, Fischerei und Sandabbau für den Küstenschutz, Reede-Flächen, kleinere Strom- und Telekommunikationstrassen. Das Landesraumentwicklungsprogramm MV weist Vorranggebiete aus. Auch das Militär erhebt Anspruch: Übungsgebiete befinden sich östlich der 50Hertz-Stromtrasse. „Alle Interessen müssen abgewogen werden“, so Triller. Dass Umweltbelange in einem beschleunigten Verfahren ohne Umweltverträglichkeitsprüfung keine Rolle spielten, stimmt nicht.

Kommt das Terminal bis zum Winter 2023? Das ist davon abhängig, wie schnell und ob ein Standort gefunden werden kann und ob dieser nach dem LNG-Beschleunigungsgesetz genehmigungsfähig ist. „Wenn es in den nächsten Wochen eine Entscheidung für einen Standort mit einer technisch umsetzbaren Variante gibt, erscheint dies möglich“, heißt es aus dem Landeswirtschaftsministerium. Dem Bund geht

es beim Ostsee-Terminal nicht nur um die Energieversorgung Deutschlands. Ein ostdeutscher Küstenstandort sei auch vor dem Hintergrund einer europäischen Energieversorgungssicherheit, insbesondere der osteuropäischen Staaten, von Bedeutung, so eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums. Nach dem Willen des Bundes soll die Standortentscheidung „so schnell wie möglich“ gefällt werden.

Augsburger Allgemeine

📄 augsburger-allgemeine.de | 19.04.2023

👤 Anika Zidar

🔗 WEBLINK

ENDE DER ATOMKRAFT

So zeitintensiv ist der Rückbau von Bayerns AKWs

Mit Isar 2 ist Bayerns letztes Atomkraftwerk vom Netz gegangen. Doch der Rückbau beschäftigt die Standorte noch Jahrzehnte. Und selbst danach bleibt vor Ort Atommüll zurück.

Die Zeit der Atomkraft in Deutschland ist vorbei, doch Schluss ist an den Kraftwerksanlagen noch lange nicht. Ihr Rückbau sowie die Lagerung und Bereinigung von radioaktiv verstrahltem Material beschäftigt Betreiber, Umweltministerien und Forschende weiter – und das über Jahrzehnte. Aber wie genau funktioniert die Stilllegung? Und was passiert derzeit an den ehemaligen AKWs Isar 2 und Gundremmingen? Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Isar 2 ging als eines der letzten AKWs vom Netz. Wann beginnt der Rückbau?

Nach Ende der Laufzeit müssen Kernkraftwerke in Deutschland unverzüglich stillgelegt und abgebaut werden, so sieht es das Atomgesetz vor. Die Verantwortung dafür liegt im Falle von Isar 2 beim Betreiber Preussen Elektra, der die ersten Rückbaumaßnahmen ab Anfang 2024 anstrebt. Zuvor benötigt das Unternehmen eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Diese wurde bereits 2019 im bayerischen Umweltministerium beantragt und wird im Laufe dieses Jahres erwartet. Für den Rückbau, also den Ausbau der radioaktiven Bauteile, gelten zum Schutz von Mensch und Umwelt so strenge Sicherheitsvorgaben wie für den Betrieb eines Kernkraftwerks.

Wie realistisch sind Überlegungen, Isar 2 doch noch weiterlaufen zu lassen?

Just am Wochenende der Abschaltung von Isar 2 schlug Ministerpräsident Markus Söder vor, das Atomkraftwerk in bayerischer Eigenregie weiterzubetreiben – und erregte damit die Gemüter. Guido Knott, der Vorsitzende der Geschäftsführung von Preussen Elektra, signalisiert grundsätzlich Gesprächsbereitschaft: "Wenn die Politik fragt, ob wir einen Weiterbetrieb möglich machen können, werden wir das gerne prüfen." Er sagt aber auch: "Dazu braucht es eine politische Mehrheit in Berlin. Die ist derzeit nicht gegeben." Das Unternehmen bereite sich auf einen Rück-

bau vor, Details zur aktuellen Debatte oder zum Genehmigungsverfahren für den Rückbau nennt Preussen Elektra nicht.

Wie steht Bayerns Umweltminister Glauber zur Laufzeitverlängerung für Isar 2?

Der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler) unterstützt die Idee, moderne AKWs wie Isar 2 befristet weiterlaufen zu lassen, bis die Energiekrise vorüber ist. Auf Anfrage teilt er mit: "Das Kraftwerk ist eines der sichersten Kernkraftwerke weltweit. Isar 2 abzuschalten ist, wie einen topfiten 50-Jährigen in Ruhestand zu schicken." Das Ende der letzten Atomkraftwerke hält er für nicht verantwortbar: "Der Ausstieg aus der Kernenergie führt dazu, dass die Kohleverstromung hochgefahren wird. Für den Klimaschutz ist das eine nicht nachvollziehbare Entscheidung."

Das AKW Gundremmingen ging Ende 2021 vom Netz. Wie ist dort der Stand?

Anders als im Fall des Kraftwerks Isar 2 lag die Rückbau-Genehmigung für Gundremmingen vor, noch bevor die Laufzeit endete. Im Mai 2021 hatte das Umweltministerium sie erteilt, vom Netz ging der letzte Reaktorblock C am Silvestertag 2021. Seitdem schreitet der Rückbau voran: Generatoren und Turbine sind ausgebaut. Was den Kraftwerksbetrieb einst ermöglichte, ist zerlegt. Bis 2026 sollen alle verbliebenen hoch radioaktiven Brennelemente ins Standort-Zwischenlager nebenan wechseln. Ziel ist laut Betreiber RWE, dass sein Gelände bis Mitte der 2030er Jahre vollständig rückgebaut ist und nicht mehr dem Atomgesetz untersteht.

Wie lange dauert ein AKW-Rückbau und wie funktioniert der Prozess?

Ein AKW-Rückbau ist komplex und dauert bis zu 15 Jahre. Noch vor der Demontage analysieren Experten

die Anlage und nehmen Proben, um Arbeiten zu planen und eine Strahlenbelastung von Mitarbeitern und Umwelt zu verhindern, erklärt Kernphysiker Matthias Dewald. Er leitet den Fachbereich Stilllegung bei der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) und erklärt: "Mit den Brennelementen sind bereits 99 Prozent des radioaktiven Inventars aus der Anlage entfernt." Doch nicht nur diese müssen in ein Zwischenlager gebracht werden: "Auch an Anlagenteilen haften radioaktive Partikel", sagt Dewald. Arbeiten an besonders stark verstrahlten Teilen würden deshalb ferngesteuert durchgeführt. Um sie für die weitere Zerlegung und Entsorgung vorzubereiten, werden sie von Fachpersonal mit stark ätzenden Lösungen gereinigt oder die Oberfläche mit speziellen Verfahren wie etwa Sandstrahltechnik abgetragen. Jedes Bauteil wird nach seinem Abbau zerlegt, dekontaminiert und auf Strahlung überprüft. Geht für Mensch und Umwelt keine relevante Radioaktivität mehr aus, gehen die Materialien ins Baustoffrecycling. Etwa 90 Prozent der Teile sind laut bayerischem Umweltministerium wiederverwertbar. Der Rest wird als radioaktiver Müll in Zwischenlager gebracht. Im Anschluss an den Abbau aller Systeme im Inneren des Kraftwerks werden die Gebäude von Strahlung bereinigt und weitergenutzt oder abgerissen.

Was wird nach dem Rückbau in Gundremmingen aus dem Gelände?

Ein AKW-Rückbau bedeutet nicht unbedingt, dass sämtliche Gebäude abgerissen werden und am Ende eine grüne Wiese entsteht. Um nicht mehr vom Atomgesetz erfasst zu werden, müssen auf dem Gelände alle Systeme ausgebaut und Brennstofffreiheit gewährleistet sein. Da es sich in Gundremmingen um RWE-Firmengelände handelt, entscheidet das Unternehmen im Anschluss unter Einbindung der Behörden über eine Nachnutzung. Direkt neben dem Gelände des alten Kraftwerks lagern auf absehbare Zeit zudem Brennelemente in einem Zwischenlager. Dieses gehört dem Bund und wird von der Gesellschaft für Zwischenlagerung verantwortet (BGZ). Eine Genehmigung ist bis 2046 erteilt. Gibt es bis dahin kein Endlager, bleiben die Brennelemente aber noch länger in Gundremmingen. Und auch ein zweites Zwischenlager für schwach und mittelstark kontaminierten Atom- müll ist im Gespräch.

Welche Kosten entstehen beim AKW-Rückbau und wer finanziert sie?

Je nach Größe, Alter und Betriebsstunden der Anlagen fallen zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Euro an, teilt RWE mit. Die Kosten für Nachbetrieb und Rückbau tragen die Betreiber der Kraftwerke. Zusätzlich haben sie mehr als 24 Milliarden Euro in einen Fonds einbezahlt, aus welchem die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle finanziert werden.